

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 97 (2003)
Heft: 5

Rubrik: Zeichen der Zeit : Irakkrieg und kein Ende

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Irakkrieg hat sein erwartetes Ende gefunden. Es ist ein unrühmliches Ende. Nicht nur für das Regime des Saddam Hussein, das sich mehr grossmäulig als heldenhaft verteidigt hat. Sondern auch für die «imperiale» Supermacht, die sich den schwächsten Gegner aussuchte, um das Völkerrecht durch die Pax Americana zu verdrängen. Dieser entgegenzutreten ist eine Aufgabe der Friedenskräfte in aller Welt, insbesondere auch in den USA selbst.

«Weg mit den Imperialisten»

Am 9. April hat ein Panzer der US-Marineinfanterie in Bagdad die überlebensgrosse Statue Saddam Husseins vom Sockel gerissen. Ein paar Halbwüchsige zogen mit dem abgetrennten Kopf der Statue durch die Strassen. Das sah mehr nach inszeniertem Abklatsch von 1989 als nach Volksbewegung aus. Von spontanem Jubel keine Spur. Was *«Befreiung»* sein sollte, erfuhren die Menschen als *«Schock und Furcht»*, zunächst mit Uranmunition, Streubomben und dem Beschuss ziviler Personen und Objekte, dann als Plünderi, Vandalismus, Chaos. Von Bagdad bis Mossul heisst es: «So haben wir uns die Befreiung nicht vorgestellt.» Die «Befreier» werden genauso verdammt wie Saddam Hussein. «Weg mit Saddam, weg mit den Imperialisten!» Oder: «Nein zu Amerika! Nein zu Saddam!»

Die *Besatzungsmacht* führt sich so auf, wie sie gekommen ist: *ohne Rücksicht auf das Völkerrecht*. Sie schützte als erstes nicht die Menschen, nicht die Spitäler, nicht die Kulturgüter, sondern nur die Ölfelder und das Erdölministerium. Sie will keinen «body count»; denn die Anerkennung blutiger «Kollateralschäden» könnte das Bild des «sauberen» Krieges noch mehr trüben. Sie könnte auch «Sammelklagen» provozieren, wo doch die USA nicht die geringste Lust zeigen, für die Schäden aufzukommen, die sie verursacht oder – wie im Fall der Plünderungen – nicht

Willy Spieler

Irakkrieg und kein Ende

verhindert haben. Peinlich ist den Siegern nur, dass sie noch keine «Beweisstücke» für ihren angeblich wichtigsten Kriegsgrund vorlegen können. Statt die Mandate der UNO-Inspektoren und der Internationalen Atomenergieagentur zu respektieren, finden oder erfinden sie lieber selbst die «smoking gun».

Die Besatzungsmacht vergibt «eilige Infrastrukturmassnahmen» an amerikanische Firmen, die Bush mit Wahlspenden gefällig waren. Mit dem Löschen der brennenden Ölquellen wurde Halliburton beauftragt, das weltgrösste Unternehmen für Ölförderanlagen, das vom heutigen Vizepräsidenten Dick Cheney geleitet wurde. Bezahlen wird die «Weltmacht auf Pump» (NZZ am Sonntag) mit dem irakischen Erdöl, das ihr nicht gehört. «Wir haben das Risiko getragen, uns gehört das Ergebnis», sagt Kriegsminister *Rumsfeld*. Als zivile Autorität ist Ex-General *Jay Garner* vorgesehen, der zur amerikanischen Rüstungslobby gehört und Sätze von sich gibt wie: «Wäre George W. Bush zur Zeit des Vietnamkriegs unser Präsident gewesen, hätten wir auch diesen Krieg gewonnen.» Nach dem Übergangsregime wird die Besatzungsmacht ohnehin nur *Marionetten* dulden und keine vom Volk gewählte Regierung. Wer sein «Leben und Blut für die Befreiung Iraks gegeben

hat, dem fällt jetzt auch die Führungsrolle zu», verlautbart Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice. Exxon und Shell dürften davon am meisten profitieren. Vergessen sind selbst die neoliberalen *WTO-Regeln*, die rein nationale Vergaben von Aufträgen und Eigentumstiteln untersagen.

Siegerjustiz zeichnet sich bei der Jagd auf die Führungsclique des gestürzten Regimes ab. Der Internationale Strafgerichtshof, der für solche Verfahren geschaffen wurde, kommt ja nicht in Frage, weil Bush es wohlweislich vermeiden wollte, dass er und seine Junta jemals selbst zur Rechenschaft gezogen würden. Sondergerichtsbarkeit ist dagegen schon jetzt für die Milizentruppen Fedajin Saddam vorgesehen. Sie sollen nach *Guantanamo* ausgeflogen werden, wie alle «ungesetzlichen Kombattanten», für die der Rechtsstaat ausser Kraft gesetzt wird. Notfalls kann man dort auch ein wenig foltern oder, wenn es ein wenig mehr sein sollte, in einem amerikafreundlichen «Schurkenstaat» foltern lassen.

Wer kommt als Nächster dran?

Es ist der Weltöffentlichkeit nicht verborgen geblieben, dass Bush und Konsorten immer neue Gründe für ihren Irakkrieg erfunden haben – von der Beseitigung der angeblichen Massenvernichtungsmittel in den Händen Saddam Husseins bis zum Sturz des Diktators. Es ist auch nicht eben glaubwürdig, dass eine Regierung den Besitz von Massenvernichtungsmitteln bekämpft, die sich eben noch einer Konvention zur Zerstörung von biologischen Waffen widersetzt hat. Oder dass diese Regierung Demokratie in eine Region bringen will, in der sie von Kairo bis Riad autoritäre Regime stützt. Aber letztlich ging und geht es den USA bei diesem Potpourri von Kriegsgründen nur um das eine: dem Nahen Osten und der Welt überhaupt den eigenen *imperialen Willen* aufzuzwingen.

Darum die bange Frage, wer nach dem Sturz Saddam Husseins den USA den nächsten Vorwand liefert. «Schurkenstaaten» gibt es nach amerikanischem Ermessen zuhauf. Einer von ihnen ist *Syrien*. Es verfügt ebenfalls über einen wenig appetitlichen Diktator, von dem gesagt wird, er sponsere Terrororganisationen. Kriegsminister Rumsfeld behauptet gar, *Syrien* halte Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen versteckt. Womit «klar» ist, warum sie a) nicht im Irak gefunden werden können und warum b) *Syrien* mit dem nächsten Präventivschlag rechnen muss. Auch das Mullah-Regime im *Iran* soll sich um den Bau von Nuklearwaffen bemühen. Das wäre eine halbwegs logische Lehre aus dem Irakkrieg, den die USA nur führten, weil sie Saddam Husseins Massenvernichtungsmittel nicht mehr zu fürchten brauchten. Vorsorglich brüstet sich auch *Nordkorea* damit, die Atombombe bereits zu besitzen. ABC-Waffen liefern heute einen zweiseitigen Vorwand, den USA den Vorwand zum Präventivkrieg, denen, die davon nicht genug zu haben glauben, den Vorwand zu ihrer Beschaffung und Verbreitung.

Darum die weitere Frage, ob sich das *Völkerrecht* gegenüber der *Pax Americana* überhaupt noch wird behaupten können. Der Spiegel (19.4.03) schreibt: «Die Weltordnung, die Bush im Sinn hat, gründet auf der entfesselten Freiheit der Weltmacht, die im Krieg ein gewöhnliches Mittel der Politik sieht und Alleingänge allen Bindungen vorzieht.» Was die USA früher der Sowjetunion vorgeworfen haben: Hegemonie, Interessensphären, Imperialismus, das praktizieren sie nun selbst. Sie «wollen die Weltherrschaft», sagt der britische Historiker Eric Hobsbawm. Wenn es je einen «Krieg der Kulturen» geben wird, dann einen dieser imperialistischen Unkultur gegen die Kultur der «friedliebenden Nationen», wie sie in der UNO-Charta genannt werden.

Erinnerung an die Souveränität im «alten Europa»

«Antiamerikanismus» werde «bald zur Bürgerpflicht», meint *Sven Gächter* in einem Leitartikel des österreichischen Nachrichtenmagazins «profil» (18.4.03). Das wäre dann der Fall, wenn es zur US-amerikanischen Tradition, gar Rechtsauffassung gehören würde, keine supranationale Ordnung respektieren zu wollen oder zu können.

Das Souveränitätsdogma, dem die Bush-Administration huldigt, ist jedoch *nichts spezifisch Amerikanisches*, sondern vielmehr im «alten Europa» entstanden. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs galt Souveränität als das wichtigste Attribut der Staaten – bis hin zum Recht, aus eigener Machtvollkommenheit und ohne ethische Begründung Krieg zu führen. Im 19. Jahrhundert hat vor allem *Hegel* das Souveränitätsdogma auf den Begriff gebracht. War für ihn «die Souveränität des Staates der absolute sich selbst bestimmende Grund», so konnte es auch kein den Staat bindendes Völkerrecht geben. Völkerrecht war nur, was die Staaten als dieses anzuerkennen liebten, «äusseres Staatsrecht», wie *Hegel* meinte. Es gab keine internationale Ordnung oder Autorität, denen sie sich hätten unterwerfen müssen.

Mit dem *Gewaltverbot*, wie es erstmals durch den *Völkerbund* und später vor allem durch die *UNO-Charta* zur zwingenden Norm des Völkerrechts wurde, ist es der Völkergemeinschaft gelungen, das Souveränitätsdogma mit dem Recht auf Krieg zu überwinden. Darüber haben sich in der Folge nur totalitäre Staaten wie das NS-Regime und die stalinistische Sowjetunion hinweggesetzt. Die heutige US-Regierung befindet sich nicht in der besten Gesellschaft, wenn sie auf ihre Souveränität gegenüber dem Völkerrecht pocht.

Die USA hätten den Terrorismus zum Vorwand genommen, um den *Ausnahmestand über die ganze Welt* zu verhängen, schreibt der italienische Philo-

soph *Giorgio Agamben* in der FAZ. «Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet», meinte *Carl Schmitt*, der Hofjurist des Dritten Reichs. In der Tat: Das heutige Völkerrecht kennt keinen Präventivkrieg. Souverän ist, wer diesen unter Berufung auf einen ausserrechtlichen Not- und Ausnahmezustand durchsetzen kann. Das heutige Völkerrecht kennt auch keine Alleingänge, die nicht der Selbstverteidigung dienen. Souverän ist, wer im Sinne der Bush-Doktrin den Angriffskrieg als «Selbstverteidigung» definieren kann. Souverän ist der Schurke, der nicht Gefahr läuft, als solcher verurteilt zu werden.

Es gibt jedoch auch ein «anderes Amerika», das nicht wie Bush & Co. auf das «Recht des Stärkeren» setzt. Es gibt das Amerika, das den *Völkerbund* (freilich ohne ihm anzugehören) und später die *UNO* mitgegründet hat. *Ragaz* hat dieses andere, dieses «antiimperialistische, föderalistische», auf eine «Conföderation der Völker» ausgerichtete Amerika mit der Person des amerikanischen Präsidenten *Wilson* verbunden (NW 1/1919). Der «amerikanische Idealismus», «auf dem Boden der kalvinistischen Welt gewachsen», sei ein Vorbild für das «alte Europa». Er bedeute «nationale Selbstbestimmung, Völkerbund, Weltfriede auf Grund eines Rechtszustandes», schrieb *Ragaz* (NW 2/1924). Wie das Nein der US-amerikanischen Kirchen zum Irakkrieg oder die grossen Demonstrationen gegen Bush in den USA zeigen, lebt dieses «andere Amerika» nach wie vor.

Das von Bush geführte Amerika aber ist eine *Gefahr für den Weltfrieden*. Es verfügt über Machtmittel, die in keinem Verhältnis zum intellektuellen und moralischen Defizit seiner Repräsentanten stehen. Bush ist zwar kein faschistischer Diktator, denn noch haben die Wählerinnen und Wähler der USA die Möglichkeit, sich seiner legal zu entledigen. Aber er und seine Junta gehören international geächtet – auch als Appell an das «andere Amerika». ●